

**Wahlordnung
für die Pfarrgemeinderäte
in der Diözese Osnabrück vom 11. Januar 2002
(in der Fassung vom 06. Dezember 2013)**

Hiermit erlasse ich auf der Grundlage von § 4 Abs. 3 der Satzung des Pfarrgemeinderates folgende Wahlordnung für Pfarrgemeinderäte:

§ 1 Wahlberechtigung

- (1) Zur Ausübung des Wahlrechts ist die Eintragung in die Wählerliste erforderlich.
- (2) Wahlberechtigt sind alle Gemeindemitglieder, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben. Mitglieder der Kirchengemeinde sind diejenigen Katholiken, die ihren Hauptwohnsitz in der Kirchengemeinde haben. Im Hinblick auf das Lebensalter können für die nächste Amtsperiode durch Einführung des Familienwahlrechtes abweichende Regelungen bezüglich des Wahlalters getroffen werden. Von der Wohnsitzregelung können Ausnahmen zugelassen werden für Katholiken, die am Leben der Pfarrgemeinde aktiv teilnehmen.
- (3) Nicht wahlberechtigt ist, wer gemäß schriftlicher Feststellung des Bischöflichen Generalvikars in seinen kirchlichen Gliedschaftsrechten eingeschränkt ist.

§ 2 Wählbarkeit

- (1) Wählbar ist, wer wahlberechtigt und mindestens 16 Jahre alt ist.
- (2) Nicht wählbar sind vom Bischöflichen Generalvikar entlassene Mitglieder des Pfarrgemeinderates, denen gemäß § 3 Abs. 8 der Satzung des Pfarrgemeinderates die Wählbarkeit entzogen wurde.

§ 3 Wahltermin

Die Wahlen sollen in allen Pfarrgemeinden möglichst gleichzeitig stattfinden. Das Bischöfliche Generalvikariat bestimmt den Wahltermin.

§ 4 Anzahl der zu wählenden Mitglieder

- (1) Die Anzahl der zu wählenden Mitglieder beträgt in einer Pfarrgemeinde
 - a) mit bis zu 600 Gemeindemitgliedern 6,
 - b) mit bis zu 1.500 Gemeindemitgliedern 8,
 - c) mit bis zu 3.000 Gemeindemitgliedern 12,
 - d) mit bis zu 5.000 Gemeindemitgliedern 14,
 - e) mit mehr als 5.000 Gemeindemitgliedern 18.

Auf Antrag des Pfarrgemeinderates kann das Bischöfliche Generalvikariat in den Fällen a) bis c) die Anzahl der zu wählenden Mitglieder rechtzeitig mit Wirkung für die nächste Amtsperiode um bis zu jeweils 2, in den Fällen d) bis e) um bis zu jeweils 4 verringern oder erhöhen.

- (2) Für die Anzahl der nach Abs. 1 zu wählenden Mitglieder ist die Zahl der Gemeindemitglieder in der Pfarrgemeinde maßgebend, die durch das Bischöfliche Generalvikariat aufgrund der letzten Ermittlung des Gesamtbestandes festgestellt worden ist.

Eine Veränderung der Zahl der Gemeindemitglieder innerhalb der Wahlperiode hat keinen Einfluss auf die Anzahl der gewählten Mitglieder.

- (3) Bei der Errichtung, Aufhebung oder Veränderung von Kirchengemeinden kann aus pastoralen Gründen für die darauf folgende erste Wahl, in begründeten Ausnahmefällen auch darüber hinaus, das Bischöfliche Generalvikariat für Gebietsteile, die eine Kirchengemeinde bildeten, eine bestimmte und garantierte Mindestanzahl von Mitgliedern (Mitgliederkontingente) für den zu wählenden Pfarrgemeinderat nach Anhörung der Kirchengemeinde festsetzen. Die Kirchengemeinde kann einen Antrag stellen.
- (4) Soll in einer Pfarreiengemeinschaft ein gemeinsamer Pfarrgemeinderat gebildet werden, hat bei der Wahl der Mitglieder einer der beiden unten stehenden Wahlmodi Anwendung zu finden. Welcher Wahlmodus Anwendung findet, ist von den Pfarrgemeinderäten bzw. vom gemeinsamen Pfarrgemeinderat einvernehmlich festzusetzen:

a) paritätische Wahl

Die Anzahl der Mitglieder wird in der Weise auf Wahlbezirke aufgeteilt, dass jeder Wahlbezirk die gleiche Anzahl von Mitgliedern stellt. Die Anzahl der zu wählenden Mitglieder je Wahlbezirk ist von den Pfarrgemeinderäten bzw. vom gemeinsamen Pfarrgemeinderat einvernehmlich festzusetzen. Jede Pfarrgemeinde bildet einen Wahlbezirk.

b) proportionale Wahl

Die Anzahl der Mitglieder wird in der Weise verhältnismäßig nach der Größe der Wahlbezirke (Katholikenzahl jeder Pfarrgemeinde) aufgeteilt, dass die Anzahl der je Wahlbezirk zu wählenden Mitglieder $\frac{1}{2}$ der in § 4 Abs. 1 Satz 1 genannten Anzahl beträgt. Im gegenseitigen Einvernehmen kann die Anzahl der Mitglieder auch abweichend von der vorstehenden Regelung festgesetzt werden.

Bei der Bildung eines gemeinsamen Pfarrgemeinderates wird für jeden Wahlbezirk ein Wahlvorstand gebildet und eine eigene Wählerliste und Kandidatenliste aufgestellt. Auf der Kandidatenliste stehen nur die Namen der Kandidaten, die ihren Hauptwohnsitz in diesem Wahlbezirk haben.

§ 5 Wahlvorstand

- (1) Dem Wahlvorstand obliegt die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahl. Er nimmt die Aufgaben sowohl für die Pfarrgemeinderats- als auch für die Kirchenvorstandswahl nach Maßgabe der jeweiligen Wahlordnung wahr.
- (2) Spätestens 11 Wochen vor dem Wahltermin wird ein Wahlvorstand gebildet.
- (3) Dem Wahlvorstand gehören an:
1. der leitende Geistliche,
 2. ein oder zwei vom Kirchenvorstand zu wählende Mitglieder der Pfarrgemeinde,
 3. ein oder zwei vom Pfarrgemeinderat zu wählende Mitglieder der Pfarrgemeinde.

Die Mitglieder nach Nr. 2 und Nr. 3 müssen wahlberechtigt sein und dürfen selbst nicht zur Wahl stehen. Sie sollen nicht personenidentisch sein.

Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden.

- (4) Ist ein Pfarrgemeinderat nicht vorhanden, beruft der leitende Geistliche an Stelle des Pfarrgemeinderates zwei Mitglieder der Pfarrgemeinde, die nicht selbst zur Wahl stehen, in den Wahlvorstand. Entsprechendes gilt, wenn ein Kirchenvorstand nicht vorhanden ist. § 5 Abs. 3 Satz 3 bleibt unberührt. Der leitende Geistliche hat im Falle des Fehlens eines Pfarrgemeinderates die vom Pfarrgemeinderat nach dieser Wahlordnung zu übernehmenden übrigen Aufgaben auszuführen.
- (5) Der Wahlvorstand beschließt mit Stimmenmehrheit.

§ 6 Wählerliste

- (1) Der Pfarrgemeinderat stellt eine Wählerliste auf und führt diese ständig fort. Die Wählerliste enthält die Nach- und Vornamen aller Wahlberechtigten in alphabetischer Reihenfolge unter Angabe des Hauptwohnsitzes. Sind Wahlberechtigte gleichen Vor- und Nachnamens mit derselben Anschrift vorhanden, müssen sie durch einen unterscheidenden Zusatz gekennzeichnet sein.
- (2) Wahlberechtigte haben das Recht, die Richtigkeit und Vollständigkeit ihrer in der Wählerliste eingetragenen personenbezogenen Daten zu prüfen. Zu diesem Zweck können sie persönlich Auskunft aus der Wählerliste, beschränkt auf die personenbezogenen Daten, verlangen.
- (3) Der Wahlvorstand teilt nach ortsüblicher Bekanntmachung rechtzeitig mit, dass aus der Wählerliste spätestens sechs Wochen vor dem Wahltag für die Dauer einer Woche von den Wahlberechtigten im Rahmen des Abs. 2 Auskunft begehrt werden kann. Die Bekanntmachung erfolgt mit dem Hinweis, dass Einsprüche gegen die Wählerliste nach Ablauf dieser Frist unzulässig sind.
- (4) Einsprüche gegen die Wählerliste können bis zum Ende der Auskunftsfrist beim Wahlvorstand geltend gemacht werden, der binnen drei Tagen über die Einsprüche entscheidet. Wird innerhalb dieser Frist einem Einspruch nicht stattgegeben, so entscheidet auf Antrag das Bischöfliche Generalvikariat.
- (5) Wahlberechtigt ist auch, wer seine Wahlberechtigung am Wahltag nachweist, auch wenn er nicht in die Wählerliste eingetragen ist.

§ 7 Vorläufige Kandidatenliste

- (1) Der Wahlvorstand stellt eine vorläufige Kandidatenliste auf. Von jedem Kandidaten wird vorher eine schriftliche Bereitschaftserklärung zur Kandidatur eingeholt.
- (2) Die vorläufige Kandidatenliste soll mindestens zwei Namen mehr enthalten, als Mitglieder zu wählen sind. Im Falle der Zuweisung von Kontingenten nach § 4 Abs. 3 soll die vorläufige Kandidatenliste für den kontingentierten Bereich zwei Namen mehr enthalten als nach dem Mitgliederkontingent vorgesehen.
- (3) Die vorläufige Kandidatenliste enthält ausschließlich die Namen der Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge mit Angabe von Alter, Beruf und Hauptwohnsitz. Im Falle einer Kontingentierung nach § 4 Abs. 3 werden die Namen der Kandidaten den Gebietsteilen, in denen die Kandidaten ihren Wohnsitz haben, zugeordnet. Die Namen der Kandidaten aus den verschiedenen Gebietsteilen werden sodann in der vorläufigen Kandidatenliste getrennt voneinander dargestellt.
- (4) Spätestens neun Wochen vor dem Wahltermin veröffentlicht der Wahlvorstand die vorläufige Kandidatenliste durch Aushang für die Dauer von zwei Wochen. Der Aushang enthält einen Hinweis, dass die Wahlberechtigten das Recht haben, die vorläufige Kandidatenliste innerhalb dieser Frist zu ergänzen.
- (5) Am ersten Sonntag nach Veröffentlichung der vorläufigen Kandidatenliste wird während aller Gottesdienste auf die Aushänge hingewiesen. Dabei wird auch das Recht zur Ergänzung der Liste bekannt gegeben.

§ 8 Ergänzungsvorschläge

- (1) Die Wahlberechtigten haben das Recht, die vorläufige Kandidatenliste zu ergänzen. Jeder Ergänzungsvorschlag darf nicht mehr zusätzliche Kandidaten benennen, als Pfarrgemeinderatsmitglieder zu wählen sind.
- (2) Der Ergänzungsvorschlag ist gültig, wenn er
 1. bei Pfarrgemeinden mit
 - a) bis zu 1.500 Gemeindemitglieder von mindestens 10 Wahlberechtigten,
 - b) bis zu 5.000 Gemeindemitgliedern von mindestens 15 Wahlberechtigten,
 - c) mehr als 5.000 Gemeindemitgliedern von mindestens 20 Wahlberechtigten mit Vor- und Zunamen sowie mit Anschrift unterzeichnet ist,
 2. die schriftliche Erklärung des Vorgeschlagenen enthält, dass er zur Annahme einer etwaigen Wahl bereit ist und
 3. innerhalb von zwei Wochen nach Beginn des Aushangs beim Wahlvorstand eingereicht ist.

§ 9 Prüfung der Wahlvorschläge; Veröffentlichung der endgültigen Kandidatenliste

- (1) Der Wahlvorstand stellt die Ordnungsmäßigkeit der Wahlvorschläge fest. Ist der Wahlvorstand der Auffassung, dass ein Kandidat den gesetzlichen Anforderungen nicht genügt oder der Ergänzungsvorschlag nicht ordnungsgemäß ist, streicht er den Kandidaten aus der vorläufigen Kandidatenliste bzw. weist den Ergänzungsvorschlag zurück. Die Streichung aus der vorläufigen Kandidatenliste bzw. die Zurückweisung des Ergänzungsvorschlages wird dem Kandidaten bekannt gegeben. Dieser kann gegen die Entscheidung innerhalb einer Woche nach Bekanntgabe beim Bischöflichen Generalvikariat Einspruch einlegen. Das Bischöfliche Generalvikariat entscheidet endgültig.
- (2) Der Wahlvorstand veröffentlicht die endgültige Kandidatenliste durch Aushang spätestens vier Wochen vor dem Wahltag. Sofern gültige Ergänzungsvorschläge vorliegen, sind diese mit der vorläufigen Kandidatenliste zusammenzufassen. § 7 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 10 Bekanntgabe des Termins

Die Aufforderung zur Wahl erfolgt spätestens vier Wochen vor dem Wahltag durch Aushang sowie durch Bekanntgabe in den Gottesdiensten. Sie enthält die Wahlzeiten, den Wahlraum, das Wahlverfahren und gibt Hinweise über die Wahlberechtigung und die Zahl der zu Wählenden.

§ 11 Stimmzettel

Der Wahlvorstand bereitet die Stimmzettel vor. Dabei werden die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Im Falle der Kontingentierung gilt § 7 Abs. 3 Satz 2 entsprechend.

§ 12 Wahlraum

- (1) Der Wahlvorstand sorgt für die Herrichtung des Wahlraumes. Es können mehrere Wahlräume eingerichtet werden.
- (2) In jedem Wahlraum werden mindestens eine Wahlkabine und eine Wahlurne aufgestellt.
- (3) Es müssen stets mindestens zwei Mitglieder des Wahlvorstandes oder von ihm beauftragte Personen aus der Kirchengemeinde, die selbst nicht zur Wahl stehen, (Wahlhelfer) im Wahlraum anwesend sein.

- (4) Der Wahlvorstand übt im Wahlraum das Hausrecht aus. Während der Wahlzeit ist darauf zu achten, dass in und an dem Gebäude, in dem sich der Wahlraum befindet, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude keine Beeinflussung der wählenden Personen stattfindet.

§ 13 Wahlzeiten

- (1) Die Wahlzeiten sind so festzusetzen, dass mindestens nach jedem Gottesdienst, der in der Pfarrkirche stattfindet, ausreichend Gelegenheit zur Wahl besteht. Das gilt auch für die Vorabendmesse des Wahlsonntags.
- (2) Sind mehrere Wahlräume eingerichtet, ist die Wahlhandlung einschließlich der Stimmabgabe in jedem Wahlraum so zu organisieren, dass eine Doppelwahl nicht möglich ist.

§ 14 Wahlhandlung

- (1) Die Wahlhandlung ist öffentlich.
- (2) Die Wahlberechtigung ist auf Verlangen des Wahlvorstandes ihm gegenüber nachzuweisen.
- (3) Vor Abgabe des ersten Stimmzettels überzeugt sich der Wahlvorstand davon, dass die Wahlurne leer ist.
- (4) Über die Wahlhandlung wird eine Niederschrift aufgenommen.

§ 15 Stimmabgabe

- (1) Nach Ausgabe des Stimmzettels vermerkt der Wahlvorstand die Stimmabgabe in der Wählerliste.
- (2) Der Wähler kennzeichnet auf dem Stimmzettel die Namen der Personen, die er wählen will. Er darf höchstens so viele Namen ankreuzen, wie Pfarrgemeinderatsmitglieder nach § 4 zu wählen sind. Der Stimmzettel muss einen Hinweis enthalten, wie viele Personen höchstens gewählt werden dürfen.
- (3) Der Wähler füllt den Stimmzettel in der Wahlkabine aus und wirft ihn anschließend in die Wahlurne.
- (4) Eine Vertretung bei der Stimmabgabe ist unzulässig. Wer wegen körperlicher Gebrechen den Stimmzettel nicht eigenhändig kenntlich machen oder in die Wahlurne werfen kann, darf sich der Hilfe einer anderen Person bedienen.
- (5) Nach Ablauf der Wahlzeit dürfen nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, die schon vorher im Wahlraum anwesend waren.

§ 16 Briefwahl

- (1) Den Wahlberechtigten ist durch Briefwahl eine vorzeitige Stimmabgabe zu ermöglichen.
- (2) Der Wahlvorstand erteilt auf Antrag den Briefwahlschein zusammen mit dem Wahlumschlag und dem Stimmzettel.

- (3) Bei der Abgabe der Briefwahlunterlagen hat der Wähler dafür zu sorgen, dass der Briefwahlschein und der verschlossene Wahlumschlag mit seinem Stimmzettel in einem weiteren verschlossenen Umschlag dem Wahlvorstand zugeleitet werden. Der Briefwahlumschlag muss spätestens um 18.00 Uhr des dem Wahltag vorangehenden Tages beim Wahlvorstand eingehen. Am Wahltag öffnet der Wahlvorstand die Briefwahlumschläge und entnimmt ihnen die Briefwahlscheine und die Wahlumschläge. Anhand des Briefwahlscheins wird die Wahlberechtigung überprüft und die Stimmabgabe in der gemäß § 15 Abs. 1 geführten Liste vermerkt. Anschließend wird der Wahlumschlag verschlossen in die Urne geworfen.

§ 17 Auszählung

- (1) Die Auszählung der Stimmen ist öffentlich.
- (2) Nach Beendigung der Wahlhandlungen werden die Wahlurnen vor Öffnung in einen der Wahlräume gebracht, sofern mehrere Wahlräume vorhanden sind. Danach öffnet der Wahlvorstand die Wahlurnen, zählt die Stimmzettel und vergleicht ihre Anzahl mit der Anzahl der in der Liste vermerkten Stimmabgaben. Abweichungen sind in der Niederschrift festzuhalten.
- (3) Zunächst werden die ungültigen Stimmzettel ausgeschieden. Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn er einen eindeutigen Wählerwillen nicht erkennen lässt oder mit einem sonstigen wesentlichen Mangel behaftet ist. Bei der Briefwahl ist er außerdem ungültig, wenn wesentliche Verfahrensvorschriften für die Briefwahl nicht eingehalten worden sind. Über die Ungültigkeit von Stimmzetteln beschließt der Wahlvorstand. Die ungültigen Stimmzettel sind mit fortlaufender Nummerierung der Wahlniederschrift beizufügen. In der Niederschrift werden die Gründe für die Ungültigkeit der Stimmzettel angegeben.

§ 18 Auszählung der gültigen Stimmen

- (1) Die gültigen Stimmen werden laut vorgelesen und die Namen der Gewählten von einem Mitglied des Wahlvorstandes in einer Liste vermerkt. Ein anderes Mitglied führt eine Gegenliste.
- (2) Danach wird festgestellt, wie viele gültige Stimmen jeder Kandidat erhalten hat.
- (3) Zu Mitgliedern des Pfarrgemeinderates sind diejenigen gewählt, die unter Berücksichtigung der Anzahl der zu wählenden Mitglieder die meisten Stimmen erhalten haben, unbeschadet der sich aus § 4 Abs. 1 und 3 ergebenden Besonderheiten. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Nicht gewählte Kandidaten sind Ersatzmitglieder.
- (4) Der Wahlvorstand stellt fest, wer gewählt ist. Das Wahlergebnis ist im Wahlraum öffentlich bekannt zu geben.
- (5) Sind weniger Mitglieder gewählt worden, als zu wählen waren, so wählt der Pfarrgemeinderat in seiner konstituierenden Sitzung die erforderliche Anzahl weiterer Mitglieder hinzu.

§ 19 Wahlniederschrift

- (1) Die Wahlniederschrift ist vom Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterschreiben. Mit der Unterzeichnung schließt die Wahlhandlung ab.

- (2) Die Wahlunterlagen sind vom Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates in Verwahrung zu nehmen.

§ 20 Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Das Wahlergebnis wird durch Aushang und durch Bekanntgabe in den Gottesdiensten am Sonntag nach der Wahl mitgeteilt. Auf die Möglichkeit des Einspruches nach § 21 ist hinzuweisen.

§ 21 Einspruch

- (1) Jeder Wahlberechtigte kann Einspruch gegen die Wahl erheben. Er ist innerhalb einer Woche nach erfolgter Bekanntmachung des Wahlergebnisses beim bisherigen Pfarrgemeinderat zu erheben. Wird ein Einspruch innerhalb dieser Frist nicht erhoben, ist die Wahl unbeschadet des § 22 Abs. 2 rechtskräftig.
- (2) Der bisherige Pfarrgemeinderat beschließt innerhalb von zwei weiteren Wochen über den Einspruch. Ergibt die Prüfung, dass infolge der Verletzung von Vorschriften dieser Wahlordnung das Wahlergebnis ganz oder zum Teil beeinflusst sein kann, hat er die Wahl insoweit für ungültig zu erklären. Eine unrichtige Auszählung der Stimmen hat er zu berichtigen.
- (3) Der Beschluss ist zu begründen. Er ist dem Einspruchsführer sowie demjenigen, dessen Wahl für ungültig erklärt worden ist, bekannt zu geben. Er muss eine Rechtsmittelbelehrung nach Maßgabe des § 22 enthalten.

§ 22 Beschwerde

- (1) Gegen den Beschluss des Pfarrgemeinderates steht den in § 21 Abs. 3 Genannten innerhalb einer Woche nach Zugang des Einspruchsbescheides die Beschwerde an das Bischöfliche Generalvikariat zu. Dieses entscheidet innerhalb von zwei Wochen endgültig und teilt seine Entscheidung den Beteiligten mit. Die Beschwerde ist auch zulässig, wenn der Pfarrgemeinderat nicht innerhalb von zwei Wochen nach Einlegung des Einspruchs entschieden hat.
- (2) Das Bischöfliche Generalvikariat kann von Amts wegen über die Gültigkeit der Wahl entscheiden, eine unrichtige Feststellung des Wahlergebnisses richtig stellen und in Fällen der Nichtdurchführung der Wahl oder der wiederholten Ungültigkeit oder Teilungültigkeit einer Wahl die ihm erforderlich erscheinenden Maßnahmen treffen.
- (3) Steht die Ungültigkeit einer Wahl endgültig fest, ist sie unverzüglich zu wiederholen.

§ 23 Wahlannahme; Amtszeit

- (1) Die Wahl bedarf der Annahme.
- (2) Gemäß § 5 der Satzung des Pfarrgemeinderates beträgt die Amtszeit der Mitglieder vier Jahre. Sie beginnt mit der konstituierenden Sitzung. Die Mitglieder führen ihr Amt bis zur konstituierenden Sitzung nach der nächsten Wahl fort.
- (3) Wird die Wahl nicht angenommen oder endet die Mitgliedschaft vorzeitig, rücken die Ersatzmitglieder in der Reihenfolge ihrer Stimmzahl nach. Im Falle einer Kontingentierung erfolgt das Nachrücken innerhalb des Kontingents, sofern in diesem noch Ersatzmitglieder vorhanden sind. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

- (4) Ist kein Ersatzmitglied mehr vorhanden oder lehnen die vorhandenen Ersatzmitglieder die Übernahme des Amtes ab, wählt der Pfarrgemeinderat die Mitglieder aus den wählbaren Mitgliedern der Pfarrgemeinde.

§ 24 Konstituierende Sitzung

Die Mitglieder des Pfarrgemeinderates sind innerhalb von zwei Monaten nach Unanfechtbarkeit der Wahl von dem leitenden Geistlichen der Pfarrgemeinde zur konstituierenden Sitzung des Pfarrgemeinderates einzuladen.

§ 25 Amtliche Mitteilung der gewählten Mitglieder des Vorstandes

- (1) Nach der konstituierenden Sitzung sind die Namen der gewählten Mitglieder des Vorstandes des Pfarrgemeinderates unverzüglich dem Bischöflichen Generalvikariat mitzuteilen.
- (2) Treten während der Amtszeit Veränderungen in der Besetzung der Ämter ein, sind diese Änderungen ebenfalls unverzüglich dem Bischöflichen Generalvikariat mitzuteilen.

§ 26 Wahlunterlagen

Nach Ablauf der Amtszeit des gewählten Pfarrgemeinderates sind die Wahlunterlagen zu vernichten. Davon ausgenommen sind Wahlniederschriften, die in das Pfarrarchiv zu nehmen sind.

§ 26 a Familienwahlrecht

- (1) Für die nächste Amtsperiode kann der Pfarrgemeinderat beim Bischöflichen Generalvikariat beantragen, für die Wahlen zum Pfarrgemeinderat ein Familienwahlrecht einzuführen, bei dem die Wahlberechtigung eines Gemeindemitglieds mit dem Tag der Taufe gegeben ist. Das Stimmrecht der Wahlberechtigten bis zum vollendeten 16. Lebensjahr wird stellvertretend durch deren katholische Eltern ausgeübt. Über den Antrag entscheidet das Bischöfliche Generalvikariat.
- (2) Der Pfarrgemeinderat ergänzt die Wählerliste nach § 6 dahingehend, dass den Nach- und Vornamen der Eltern nebst Angabe des Hauptwohnsitzes die Nach- und Vornamen der Kinder unter 16 Jahren zugeordnet werden. In einem Anhang der Wählerliste sind die Namen der Kinder aufzuführen, die keinen Eltern zugeordnet werden können.
- (3) Die von einem katholischen Elternteil auf dem Stimmzettel durch Ankreuzen gekennzeichneten Namen zählen jeweils als halbe Stimmen.

Für Kinder unter 16 Jahren aus Familien mit nur einem katholischen Elternteil übt dieser das Wahlrecht allein aus. Deshalb erhält dieser Elternteil zwei Stimmzettel je Kind.

Entsprechendes gilt im Falle von allein erziehenden, getrennt lebenden oder nach bürgerlichem Recht geschiedenen Eltern. Das Wahlrecht mit zwei halben Stimmen je Kind unter 16 Jahren wird in diesem Fall von demjenigen katholischen Elternteil ausgeübt, bei dem das Kind wohnt. Ist dieser Elternteil nicht katholisch, kann der andere katholische Elternteil an den Wahlvorstand einen Antrag auf Aufnahme seines Namens in die Wählerliste stellen.

- (4) Für Kinder unter 16 Jahren, die mit ihrem Hauptwohnsitz in Kinderheimen oder ähnlichen Einrichtungen gemeldet sind, können die Eltern an den Wahlvorstand einen Antrag auf Aufnahme ihrer Namen in die Wählerliste der Kirchengemeinde stellen, auf deren Gebiet diese Einrichtung liegt. Die Namen der Eltern sind dann in die Wählerliste, in der die Kinder geführt werden, nachzutragen. Die Regelungen in Abs. 3 gelten entsprechend.
- (5) Für Vollwaisen unter 16 Jahren und für Kinder unter 16 Jahren, deren beide Elternteile nicht katholisch sind, üben die Taufpaten das Wahlrecht unter entsprechender Anwendung des Abs. 3 aus.
- (6) Der Stimmzettel ist farblich von dem Stimmzettel nach § 11 zu unterscheiden.
- (7) Die Regelungen zur stellvertretenden Ausübung des Wahlrechtes gelten entsprechend für alle anderen Rechte, die sich für die Wahlberechtigten aus dieser Wahlordnung ergeben. Im Übrigen gelten die Vorschriften dieser Wahlordnung.

§ 27 Inkrafttreten

- (1) Diese Wahlordnung tritt mit Veröffentlichung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.
- (2) Mit dem Inkrafttreten dieser Wahlordnung wird die Wahlordnung für die Pfarrgemeinderäte in der Diözese Osnabrück vom 01. Juni 1987 in der Fassung vom 22. März 1999 (Kirchl. Amtsblatt für die Diözese Osnabrück, Band 52, Seite 174 ff.) aufgehoben.